Abonnement vierteljährlich M. 4.50, durch die Post M. 5.25. — Insertionspreis pro Zeile 20 Pfg. Für Dresden, 13 als Redaktion, 3 Uhr, Montags bis 12 Uhr. Für Annahme bis 3 Uhr. Redaktion, 4 nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Redakteur. Die Spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg. Kleiner Ortsanschlag Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Inseraten-Aufträge gegen Briefmarken oder Postanweisung durch Briefmarken oder Postanweisung 3 Silben 15 Pfg. Beilagen für Montag aber nach Feiertagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., Invalidendank, G. Müller-Berlin, A. Retz-Magdeburg, H. Hasenstein, G. Krebs-Berlin W., H. Gietzen-Hamburg, Mosse-Leipzig. Für Rückgabe einges. Manuscripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss.
Hofphotograph,
Dresden,
Kaufhaus, Seestr. 10,
Berlin,
Leipzigerplatz 12.

N. Salm, Gravir- u. Präge-Anstalt,
Spezial-Fabrik geprägter u. gummirter Siegel-, Packet-Verschluss- und Schutzmarken,
Plauen b. Dr., Kaltzerstr. 17. Geschäftslocal Dresden, Marienstr. 8.
Zur gef. Beachtung grosse Auswahl von Siegel-Schablonen in Zink, Messing u. Kupfer, sowie aller Gattungen Hand-Farbstempel u. Stempel-Apparate, und hält sich zur Ausführung von Gravir-Arbeiten jeder Art bestens empfohlen.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Restaurant „Bismarck",
Bismarckplatz Nr. 2.
Restaurant ersten Ranges, mit grossen Localitäten, Billard- u. Speisesaal, empfiehlt seine renommirte Küche, Menus von 1 Mk. aufwärts und à la carte, sowie bestgepflegte Biere und Weine auf's Angelegentlichste.
Hochachtungsvoll Ernst Tauscher.

Christofle-Bestecke zu Fabrikpreisen einziges Depôt
Louis Herrmann Nachf.
Robert Hoffmann, Königl. Hoflieferant,
Seestrasse, Ecke Waisenhausstrasse.

Nr. 48. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 17. Februar: Mäßiger Südwestwind. Ziemlich trübe. Etwas Niederschläge. Temperatur wenig verändert.

Dresden, 1885. Dienstag, 17. Febr.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

In welcher Höhe die Getreidezölle festgesetzt wurden, das ist aus dem Reichstags-Telegramm ersichtlich. Am Montage sollte die Abstimmung der 2. Lesung vor sich gehen. Der Bundesrath hatte eine Verdreifachung des Roggen-, und eine Vervierfachung des Weizenzolles vorgeschlagen; die freie Vereinigung der Schutzzöllner verlangt eine gleichmäßige Erhöhung des Roggen- und des Weizenzolles, so daß der Doppelcentner, der von beiden Körnerfrüchten jetzt 1 Mark Zoll zahlt, künftig ebenso gleichmäßig 3 Mark zahlen soll. Man kann sich angesichts der getroffenen Entscheidung enthalten, die Gründe für und wider nochmals vorzuführen. Der Beschluß der 2. Lesung wird jedenfalls auch in der 3. Lesung bestätigt werden, so daß es begründet ist, wenn das eingebrachte Sperrgesetz auf die in der 2. Lesung festgesetzt werdende Höhe des Zolles fußt. Das Sperrgesetz bezieht sich übrigens nicht blos auf die Einfuhr des Rohproduktes der Getreidesorten, sondern ebenso auch auf Mühlenfabrikate und auf Champagner. Die Sonnabend-Debatte führte noch einmal den Reichskanzler selbst auf die Rednerbühne. Die erste Hälfte seiner langen Rede erbrachte den mit großen Ziffernmaterial ausgestatteten Nachweis, daß die Hafenstädte der Ostsee, Danzig, Memel, Königsberg, Lübeck, Stettin und andere, keineswegs, wie die Freihändler Rickert, Dr. Möller 2c. vorspiegeln, durch die 1879 beschlossenen Getreide- und Holzzölle geschädigt worden, sondern ihr Handel und Verkehr nach allen Richtungen hin und stetig im wachsenden Aufblühen begriffen sind. So tröstlich dieser Nachweis, mehr noch interessirten uns die Ausführungen des Fürsten Bismarck über die Latifundien. Zu großer Ueberraschung gab sich der Kanzler als ein Freund der Zerstückelung der großen Güter zu erkennen. Er erklärte sich als Gegner aller Hindernisse der Parzellirung, die unsere Gesetzgebung immer noch aufrecht erhalte. Die Freihändler brachen bei dieser Bemerkung natürlich in Beifallsgeschrei aus. Wir glauben, es hätte Nichts geschadet, wenn Fürst Bismarck ausdrücklich die Beschränkung beigefügt hätte, daß sich seine Bemerkung lediglich auf die Verhältnisse im Osten und Norden Deutschlands beziehe. Seine Beobachtungen stützten sich auch nur auf Wahrnehmungen von dort. In den ostpreußischen Provinzen, ebenso in Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein, wo der Großgrundbesitz überwiegt, ist gar kein Zweifel, daß eine Zerschlagung desselben, die Parzellirung der Domainen und die Schaffung eines lebenskräftigen, mittleren und kleinen Bauernstandes eine volkswirthschaftliche Wohlthat bedeuten würde. Die Nachttheile, welche diese dünnbevölkerten Landestheile aus der jetzigen Latifundienwirthschaft erfahren, würden wesentlich schwinden. Eins schickt sich aber nicht für alle. Wollte man zum Beispiel in Sachsen die freie Theilbarkeit des Grund und Bodens dekretiren, die gesetzlichen Hindernisse der Zersplitterung der Bauerngüter in Atome wegräumen, so würden nur die Güterschlächter davon profitiren und das Schacherkapital sich in die Faust lachen. Eine Mobilisirung des Grundbesitzes wäre die Folge, die mit einer vollständigen Tyrannei des Kapitals über den Grundbesitz und die Landwirthschaft enden müßte. Davor behüte uns aber der Himmel! Daß Fürst Bismarck nicht darnach trachtet, ergab sich daraus, daß er für den Bauernstand die Wiedereinführung der Erbpacht verlangte, um die Bauerngüter zusammenzuhalten, sie nicht in Folge Erbganges in leistungsunfähige Solitter zerfallen oder den das Gut übernehmenden Sohn durch Auszahlung der Geschwister so in Schulden stürzen zu lassen, daß das Gut über kurz oder lang unter den Hammer kommen muß. Gesunde wirthschaftliche Verhältnisse giebt es nur da, wo eine angemessene Mischung zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbesitz vorhanden ist. Wo, wie im Norden und Osten Deutschlands, die Latifundienwirthschaft das Aufkommen eines tüchtigen Bauernstandes verhindert, da mag man in Gottes Namen an die Parzellirung der Domainen gehen; wo aber die Zwergwirthschaft überwiegt, ist die Vergrößerung der Kleinbesitze auch gesetzgeberisch zu befördern.

Aus den übrigen Arbeiten des Reichstages ist u. A. zu erwähnen, daß die Unfallkommission die §§ 1 bis 4 der Vorlage über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Transportgewerbe nach der Regierungsvorlage angenommen hat. Zum § 1 wurde von dem Bundesrathskommissar erklärt, es sei nicht beabsichtigt, die Unfall- und Krankenversicherung auf das ganze Personal der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltungen auszudehnen, sondern nur auf denjenigen Theil derselben, welcher in mit besonderer Unfallgefahr verbundenen Betrieben beschäftigt sei. Ueber die Art der Begrenzung wurde ein Aufschluß nicht gegeben; nur bezüglich des Postpersonals wurde bemerkt, daß die Expeditionsbeamten nicht eingeschlossen sein sollten. Der Antrag Schrader, das Gesetz auf das gesammte Personal auszudehnen, wurde abgelehnt.

Die Westafrikanische Konferenz in Berlin steht nunmehr wirklich an dem Ende ihrer Arbeiten. Portugal hat dem starken Druck von Deutschland, Frankreich und England nachgegeben und erkennt den Congostaat an; es verzichtet sogar zu dessen Gunsten auf diejenigen Gebietstheile an den Congomündungen, die der neue Staat, um leben zu können, unbedingt benöthigt. Es fiel dem portugiesischen Stolze schwer, einen Verzicht auf Gebiete auszusprechen, die Portugal faktisch nie besessen hat; aber er beugte sich zuletzt. Portugal mag seinen fabelhaften Königstitel über den Congo ruhig fortführen, wie sich noch heute der Kaiser von Oesterreich König von Jerusalem oder der König von Italien König von Cypern nennt.

Der nunmehr feststehende Tod Gordon's erweist sich als eine neue Quelle von Verlegenheiten für das Ministerium Gladstone. Nach den Mittheilungen der „Boh." erklärt ein Theil der radikalen und liberalen Presse, daß nunmehr keine Ursache vorliegt, den Krieg weiter zu führen, und sagt, daß es geradezu ein Verbrechen wäre, die Sudanesen hinzumorden, um das angeblich bedrohte Prestige Englands zu retten. Von vornherein sei beschlossen worden, daß Sudan von Egypten zu trennen und den Sudanesen zu überlassen sei. Gordon wurde mit der Mission betraut, diese Abtretung durchzuführen und die Garnison von Chartum nach Egypten zurückzubringen, er habe den Auftrag gehabt, sich in dieser Richtung auf friedlichem Wege ins Einvernehmen zu setzen, sei jedoch diesem Befehle nicht nachgekommen, sondern habe gleich nach seiner Ankunft in Chartum erklärt, daß „England, d. h. er, den Mahdi zermalmen müsse, wenn er nicht von dem Mahdi zermalmt werden solle". Diese Insubordination und unverantwortliche Mißachtung der erhaltenen Ordre enthebe die Regierung jeder Verantwortlichkeit für die Sicherheit ihres Abgeordneten und so bedauerlich auch immer der Tod des heldenmüthigen Mannes sei, so lege er doch der Regierung keine weitere Verpflichtung auf. Den Tod Gordon's zu rächen, wäre einer christlichen Nation unwürdig und unstreitig dem Willen des Dahingeschiedenen christlichen Heroen zuwiderlaufend. Der Sudan solle daher einfach, wie ursprünglich bestimmt war, den Sudanesen überlassen und das Land so rasch als möglich geräumt werden. Diese Anschauung entspricht aber durchaus nicht dem Willen der überwiegenden Mehrheit der allerchristlichsten Nation. Diese will den Tod Gordon's unter allen Umständen gerächt wissen. So gespalten die öffentliche Meinung auch immer sein mag und so verworren die Rathschläge zur Heilung der egyptischen Plage auch immer lauten, in Einem ist ganz England einig und dieses ist die Verdammung des Ministeriums, welches unter dem Wahlspruche des Friedens und der Einschränkung England in beständige, noch dazu rubelose Kriege verwickelt und dem Lande unendliche Kosten aufgebürdet hat. Die radikalen Blätter sind jetzt am lautesten in der Verurtheilung der von ihnen einst so hoch gepriesenen Männer, welche England, wie man versicherte, ein neues goldenes Zeitalter bringen würden. Sie bezeichnen sie jetzt als Verräther an der guten Sache. Die konservativen Organe verhalten sich weit ruhiger und gemäßigter, sie nützen offenbar die Gelegenheit, die Regierung zu tadeln und ihren Bestand zu untergraben, nicht in vollem Maße aus und dies einfach darum, weil sie es nicht thun wollen. Der Zeitpunkt für einen Regierungswechsel erscheint den Konservativen nicht günstig; sie mögen die Erbschaft Gladstone's um deswillen jetzt nicht antreten, weil sie keinen einzigen wirklichen Staatsmann in ihren Reihen besitzen. England geht eben überall rückwärts.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 16. Febr.

Berlin. Reichstag. Die zweite Berathung der Zolltarifnovelle (Getreidezölle) wird fortgesetzt. Abg. Günther (Reichspartei) führt aus, daß der vorgeschlagene Roggenzoll die in landwirthschaftlichen Kreisen daran geknüpften Hoffnungen nicht voll erfüllen werde, ebenso wenig aber auch die von der Gegenseite geäußerten Befürchtungen, und begründet dann den Antrag der wirthschaftlichen Vereinigung, den Zoll auf Roggen und Weizen gleichmäßig auf 3 Mark für den Doppelcentner festzusetzen. Wenn man für beide Getreidesorten verschiedene Zollsätze einführe, so müsse man auch verschiedene Zollsätze für Mehl festsetzen. Redner weist das hohe Interesse nach, welches gerade die deutsche Industrie an der Blüthe der Landwirthschaft habe. Wenn sich der Körnerbau mehr und mehr ausdehne, würden Hunderte von Millionen im Lande bleiben, die der Industrie zu Gute kommen. Die Erhaltung des inländischen Absatzgebietes sei mehr werth als die des amerikanischen, welches ja doch dereinst mit der Entwicklung der Industrie in Amerika nach und nach verloren gehen werde. Wenn Sie das Spiel an der Börse, schließt Redner, nicht höher schätzen, als die ehrliche produktive Arbeit, dann stimmen Sie der Zollerhöhung und speziell dem Satze von 3 Mark für beide Getreidesorten zu. (Beifall rechts, Zischen bei den Freisinnigen.) Abg. Wiemer (Sozialdem.) bekämpft die Zollerhöhungen. Wenn man dem Bauernstande helfen wolle, so solle man ein sogenanntes Heimstättengesetz schaffen. Holtzmann habe bereits sehr richtig ausgeführt, daß Sachsen zwei Drittel seines Getreidebedarfs einführen müsse. Dr. Frege habe gesagt, daß die Getreideproduktion gesteigert werden könnte; aber das geschehe dann auf Kosten anderer Betriebe, und wenn mehr Getreide gebaut werde, so werde auch das Angebot vermehrt und somit den Bauern nichts genützt. Nur dem Großgrundbesitzer lämen die Zölle zu Gute. Die Erhöhung der Getreidezölle gebe der Linken, besonders den Sozialdemokraten eine mächtige Waffe. Abg. v. Fischer (nat.-lib.): Er sei kein Agrarier, aber man müsse doch den Thatsachen Rechnung tragen, daß die Getreidepreise heute niedriger stehen als je und daß die Produktionskosten nicht mehr gedeckt werden. Man rathe zum Uebergang zu einem anderen Betriebe. Das sei leicht gesagt. Auch sei es eine Grausamkeit zu fordern, die deutsche Landwirthschaft solle mit ihren Traditionen brechen, weil man aus theoretischen Gründen ihr die nothwendige Hilfe versagt. Es sei nicht wahr, daß die Zölle speziell im Interesse des Großgrundbesitzes verlangt würden; sie würden namentlich auch in Süddeutschland gefordert, wo der Großgrundbesitz weniger in Frage komme wie in Norddeutschland. In Süddeutschland habe sich selbst die Volkspartei zu den Getreidezöllen freundlich stellen müssen, sonst wären die Herren nicht hier. (Widerspruch bei den Volksparteilern.) Stimmen Sie den Erhöhungen zu, Sie werden damit den kleinen Mann nicht schädigen, der ganzen Nation aber nützen. (Beifall.) Abg. Lorenzen (deutsch-freis.) stellt in Abrede, daß in Schleswig-Holstein ein landwirthschaftlicher Nothstand bestehe, dem durch Zölle abgeholfen werden könne. Wenn die Regierung Finanzzölle brauche — und er wolle ihr solche nicht versagen — so möge sie dieselben auf Luxusgegenstände legen. Graf zu Stollberg-Wernigerode (kons.): In unserer Zeit herrsche Ueberproduktion und zwar in allen Ländern; da müsse es unsere Aufgabe sein, unserer Produktion zunächst das heimische Absatzgebiet wieder zu erobern, und dann unsern Export zu erweitern. Abg. Thomsen (deutschfreis.) erklärt sich prinzipiell gegen jeden Zoll, der nothwendige Lebensmittel vertheuere. Die Landwirthschaft bedürfe des Zolles nicht, sie habe keine bevorrechtete Stellung zu beanspruchen. (Beifall links.) Staatssekretär von Burchardt weist die Behauptung Dirichlet's zurück, wonach die zur Begründung der Vorlage gegebenen Zahlen unrichtige seien. Die verbündeten Regierungen hätten für Roggen nur eine Verdoppelung des Zolls beantragt, weil die Nothlage des Weizenbaues stärker sei als die des Roggenbaues und weil die Erhöhung des Weizenzolls auch dem Roggen durch eine Erhöhung der Nachfrage nach solchem indirekt zu Gute komme, endlich auch mit Rücksicht darauf, daß der spanische Handelsvertrag unseren Roggenzoll gegenüber den meistbegünstigten Nationen bindet. Die verbündeten Regierungen würden indeß, wenn das Haus die Erhöhung des Roggenzolls auf 3 Mark beschließe, dem keinen Widerstand entgegensetzen. Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg (Reichspartei) motivirt gegenüber seiner früheren Haltung seine Stellungnahme zur gegenwärtigen Vorlage mit der zweifellosen Nothlage der Landwirthschaft. Sie wollten keine Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel. Rickert bekämpft dann die Ausführungen des Reichskanzlers, nach denen die deutschen Ostseestädte durch Zoll nicht gelitten hätten. In großen Prinzipienfragen lerne man nicht mehr. Er wiederholt, daß die Vorlage nur dem Großgrundbesitzer zu Gute komme. Möge man seine Partei verlachen oder Volksaufwiegler nennen, sie würde nach wie vor gegen eine Politik ankämpfen, die in der Geschichte keine gute Stelle einnehmen werde. Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Appell des Vorredners an die Weltgeschichte über die Verderblichkeit der Kornzölle sei nichts als eine tendenziöse Unwahrheit. Man sei mißvergnügt, daß sich Groß- und Kleingrundbesitzer einmal vereinigt hätten, um der bisherigen Ausbeutung ihrer Lage entgegenzutreten; den kleinen Grundbesitzer gegen den großen auszuspielen, sei nichts als ein gewöhnliches sozialistisches Hetzmanöver. Hätten wir 1879 die Schutzzölle nicht eingeführt, so wäre ein allgemeiner wirthschaftlicher Zusammenbruch bei uns erfolgt. Wenn 25 von 45 Millionen der Bevölkerung Noth leiden, so müsse gegen eine solche Kalamität Abhilfe geschaffen werden. Ueber die Mittel dazu sind sich Regierung und Majorität einig. Finden Sie sich mit Ihrem Herzen ab, wie Sie wollen und stellen Sie Ihre Meinung als richtig hin, ich glaube, was ich glaube und lasse mir nichts abstreiten (lebhafter Beifall rechts, lebhaftes Zischen links) Schelpert (Centrum) plaidirt in drastischer Weise für die Zollerhöhung. Der Freihandel habe uns das Geld aus den Taschen gezogen. Richter polemisirt gegen den Reichskanzler. Die Getreidezölle seien ein Unrecht gegen den armen Mann, den seine Partei dagegen schützen wolle. Der Antrag der freien wirthschaftlichen Vereinigung, den Zoll auf Roggen auf 5 Mark pro Doppelzentner zu erhöhen, wird mit 192 gegen 151 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Volkspartei, ein Theil der Nationalliberalen und diejenigen Mitglieder des Centrums und der Reichspartei, welche nur eine Verdoppelung des Roggenzolles wünschten. Mit 229 gegen 113 Stimmen wurde sodann, entsprechend der Regierungsvorlage der Weizenzoll gleichfalls von 1 auf 3 Mark erhöht. Morgen folgt die Berathung des Sperrgesetzes und die Weiterberathung der Zolltarifnovelle.

Berlin. Die Reichstagskommission für das Unfallversicherungsgesetz nahm die Vorlage über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf die Transportgewerbe an und tritt Mittwoch in die Berathung des Unfallversicherungsgesetzes für die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter ein. — Dem Reichskanzler ging eine von 108 landwirthschaftlichen Vereinen unterzeichnete Petition zu, worin gebeten wird, es möge die Initiative zur schleunigsten Herstellung der vertragsmäßigen Doppelwährung ergriffen werden. — Dem Bundesrathe ging ein Gesetzentwurf zu über den Schutz des zur Anfertigung von Reichskassenscheinen verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmungen.

Berlin. Die Hochzeit der Prinzessin Heinrich der Niederlande mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg findet bald nach Ostern statt.

Paris, den 16. Febr. Bei dem heutigen Begräbniß des Redakteurs Jules Valles erregte ein mit der Aufschrift „die deutschen Sozialisten in Paris ihrem Gefährten" gewidmeter Veilchenkranz großes Aufsehen. Rufe, wie: „Nieder mit Deutschland!" „Verjagt die Deutschen!" drangen durch den Tumult. Am Grabe fanden diese Demonstrationen im Verein mit Steinwürfen und Handgemenge ihre Wiederholung. Vaillant, Rochefort und Redakteure des „Cri du Peuple" hielten Reden, unterbrochen durch die Rufe „Vive la commune, revolution sociale!" Das Auseinandergehen war ruhiger.

Frankfurt a. M., 16. Februar. Credit 257½. Staatsbahn 252½. Lombarden 117. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Goldrente 82½. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 81¼. 77er Russen —. 80er Russen — 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 2½. Egypter 68½. Bank-A. —. Serben —. Ruhig.

Wien, 16. Februar. Credit 303,00. Staatsbahn 305,50. Lombarden 142,50. Nordwestb. 178,30. Marknoten 60,55½. Ung. Credit 313,50. Elbethal —. Still.

Paris, 16. Februar. Schluß. Rente 81,22. Anleihe 109,62. Italiener 97,62. Staatsbahn 630,00. Lombarden 368,75. do. Prioritäten —. Egypter 342,00. Oest. Goldrente —. Spanier 61,96. Ottomanner 606,31. Behauptet.

London, 16. Februar. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99,18. Italiener 95,50. Türken 17,18. Ungarn 79,87. Ottomanbank —. Spanier 61,68. Egypter 67,68. Russen 96,87. Lombarden 12,18. Mexikaner —. Erie —, zweite Erie —. Lake shore —. Central pacific —. Newyork Centrale —. Tendenz: —.

Stettin, 16. Februar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen matt, loco 162–165, pr. April-Mai 167,50, pr. Mai-Juni 170,50. Roggen flau, loco 133–140, pr. April-Mai 144,50, pr. Mai-Juni 146,50. Rüböl flau, 100 Kg. pr. Januar —, pr. April-Mai —. Spiritus still, loco 42,30, pr. April-Mai 42,40, Juni-Juli 43,20. Petroleum loco —.

Breslau, 16. Februar, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. April-Mai 43,20, pr. Juni-Juli 44,10, pr. Juli-August 45,30. Weizen pr. Februar 162. Roggen pr. April-Mai 143,00, pr. Mai-Juni 146,00, pr. Juni-Juli 147,00. Rüböl pr. Februar —, pr. April-Mai —, pr. Mai-Juni —. Zink ruhig. — Wetter: Schön.

London, 16. Februar. Getreide ruhig, unverändert. Weizen schwierig verkäuflich, angekommener wenig vorhanden, fleckig. Erbsen steigende Tendenz. Wetter: Gustregen.

Lokales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König hat dem Regierungsrath v. Hirschfeld zu Merseburg und dem Forstmeister v. Blumen zu Potsdam das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtordens, sowie dem Oberförster Frhr. v. Schleinitz zu Forsthaus Grunewald und dem Kaufmann Louis Beschütz zu Berlin das Ritterkreuz 2. Klasse dieses Ordens verliehen.

— Se Durchlaucht der regierende Fürst Reuß j. L., Heinrich XIV., welcher am Sonnabend in Dresden eintraf, wohnte vorgestern Abend mit Ihren Majestäten, dem König und der Königin, der glanzvollen Aufführung der „Königin von Saba" im Altstädter Hoftheater bei.

Oberst von Bülow, Kommandeur des Kadettenkorps, erhielt das Kommandeurkreuz des kgl. griechischen Erlöserordens.

— Geh. Regierungsrath v. Criegern bei der Kreishauptmannschaft zu Bautzen empfing den kaiserlich russischen St. Annenorden zweiter Klasse.

— Stationsvorstand I. Klasse Bahnhofsinspector Wilh. Böcker in Döbeln erhielt das Ritterkreuz zweiter Klasse des Albrechtsordens.

— Der Landgerichtsdirektor beim Chemnitzer Landgerichte, Herr Dr. Daniel Paul Schreber, ist vom 1. April an in gleicher Dienststellung zum Landgerichte Leipzig versetzt worden.

— Zum Director der Bezirksarmenanstalt in Frohnau wurde Herr Bürgermeister Zeidler aus Schlettau ernannt.

Vernickelungs-Anstalt
Schladitz & Bernhardt, 10 Wettinerstrasse 10.